

Gesetzentwurf

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetz zur Sicherung von Sozial-, Umwelt- und Wettbewerbsbelangen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Brandenburgisches Vergabegesetz)

A. Problem

Die öffentliche Hand, einschließlich der Kommunen, repräsentiert mit ihrem Auftragsvolumen von ca. 420 Mrd Euro jährlich den größten Nachfrager am deutschen Markt. Ihr Umsatz beläuft sich auf jährlich rund 17 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Dieses Volumen hat durch die verstärkte institutionelle Konzentration des Staates auf seinen Kernbereich in den vergangenen Jahren zugenommen, ein Ende dieses Trends ist nicht abzusehen.

Nach den geltenden Bestimmungen des Europarechts (Richtlinie 2004/17/EG und Richtlinie 2004/18/EG) und des Bundesrechts (§§ 97-129b des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) sind die öffentlichen Auftraggeber weitgehend auf einen reinen Leistungswettbewerb festgelegt. Der Zuschlag ist auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen (vgl. § 97 Abs. 5 GWB), besondere ökologische oder soziale Rahmenbedingungen des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge sind nicht verbindlich vorgesehen.

Allerdings erlauben die benannten Regelungen ausdrücklich eine Einstellung ökologischer und sozialer Belange (vgl. Art. 38 Richtlinie 2004/17/EG und Art. 26 Richtlinie 2004/18/EG bzw. § 97 Abs. 4 GWB). Die europarechtlichen Regelungen verweisen insoweit auf die mitgliedstaatliche Ebene, die bundesrechtliche Regelung verweist insoweit auf weitere Bundesgesetze und die Landesebene, wobei auf Bundesebene bislang keine entsprechenden Vorgaben verabschiedet wurden.

Insofern liegt es bis heute an den Ländern, den Abschied vom reinen Leistungswettbewerb einzuleiten. Der ist auch dringend geboten:

Das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes (Art. 20 Abs. 1 GG) und der bundes- und landesverfassungsrechtlich verankerte Auftrag zum Schutz der Umwelt (Art. 20 a GG, Art. 37 VerfBrdbg) gebieten jedenfalls politisch, auch die Nachfragemacht der öffentlichen Hand in den Dienst dieser Grundnormen zu stellen. Angesichts des Umfangs des öffentlichen Auftragsvolumens sind von einer besonderen sozialen und ökologischen Rahmung des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge auch relevante Effekte mit Bezug auf den sozialen Zusammenhalt und den ökologischen Umbau zu erwarten.

Ein Festhalten am reinen Leistungswettbewerb schwächt schließlich wichtige Wettbewerbsbelange. Wenn es die Rahmenbedingungen erlauben, Wettbewerbsvorteile auf der Basis niedrigerer Entlohnung, Verletzung elementarer Arbeitsnormen oder der Belastung der Umwelt zu gewinnen, dann beeinträchtigt dies den Wettbewerb um Verfahren, Organisation, Effizienz und Innovation, also den Wettbewerb um echte unternehmerische Leistung.

B. Lösung

Das vorgelegte Gesetz legt die sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge im Land Brandenburg unter Einschluss der Kommunen einheitlich fest, einschließlich ihrer Handhabung und Kontrolle.

C. Alternative

keine

D. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Vergleichbare Regelungen zur Sicherung von Sozial-, Umwelt- und Wettbewerbsbelangen bei öffentlicher Auftragsvergabe sind weder vonseiten des europäischen Gesetzgebers noch vonseiten des Bundesgesetzgebers zu erwarten. Auf kommunaler Ebene können sie aus rechtlichen Gründen nicht erlassen werden.

II. Zweckmäßigkeit

Es ist zweckmäßig, die wichtigen sozialen, ökologischen und wettbewerblichen Belange, die in den europarechtlichen und bundesrechtlichen Grundlagen öffentlicher Auftragsvergabe nicht gesichert werden, durch landesvergaberechtliche Vorschriften zu sichern.

Namentlich ist auch die Einbeziehung der Kommunen zweckmäßig. Die Kommunen repräsentieren zwei Drittel der öffentlichen Nachfrage in Brandenburg und es ist geboten, auch diese künftig zur Förderung sozialer, ökologischer und wettbewerblicher Belange zu nutzen. Die unbestreitbare mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen kann der Zweckmäßigkeit des Anliegens sozial und ökologisch verantwortlicher Beschaffung nicht entgegen gehalten werden; diese Problematik muss vielmehr davon unabhängig und grundlegend angegangen werden.

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Für die Bürger zahlen sich die Regelungen unmittelbar aus, soweit sie als Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge beschäftigt werden. Sie zahlen sich mittelbar aus, soweit sie überhaupt als Arbeitnehmer tätig sind, weil das Gesetz gegen die um sich greifende Niedriglohnkultur wirken wird und auch der Erosion tariflichen Schutzes von Arbeitsverhältnissen entgegen arbeitet. Schließlich profitieren alle Bürger von der mit dem Gesetz verfolgten Stärkung des sozialen Zusammenhalts auf kommunaler Ebene und auf Landesebene.

Die Wirtschaft profitiert von Bedingungen fairen Wettbewerbs, der nicht auf der Basis von Arbeitskosten oder Umweltstandards, sondern auf der Basis echter unternehmerischer Leistung ausgetragen wird. Kleinere und mittlere Unternehmen werden im In-

teresse möglichst polypolistischer Marktstrukturen besonders gestärkt. Andererseits erhöht sich der Aufwand der Unternehmen im Zusammenhang mit der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen.

Die Anforderungen an die Vergabestellen als öffentliche Auftraggeber und ihr Aufwand bei der Vergabe steigen.

E. Kosten

Das Gesetz erhöht die Beschaffungskosten der Vergabestellen in Brandenburg in gewissem Umfang, der sich nicht im Einzelnen beziffern lässt. Hinzukommen gleichfalls nicht bezifferbare Kosten für die Kontrolle der aufgrund dieses Gesetzes ergehenden Verpflichtungen.

Die Belastungen werden teilweise durch Einsparungen in den Sozialtats (vor allem Leistungen im Rahmen des SGB II) ausgeglichen. Weiterhin ergeben sich nicht näher bezifferbare Einsparungen durch die Abkehr vom schlichten Preisvergleich hin zum Vergleich von Lebenszykluskosten.ab welchen wert zur ausschreibung verpflichtet

Gesetzentwurf

Gesetz zur Sicherung von Sozial-, Umwelt- und Wettbewerbsbelangen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Brandenburgisches Vergabegesetz)

Vom ...

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Dieses Gesetz gilt für die Vergabe öffentlicher Aufträge in Brandenburg im Sinne von § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 15. Juli 2005 (BGBl. I S.2115) in der jeweils geltenden Fassung für Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von 500 EUR (ohne Umsatzsteuer).
- (2) Für die Schätzung gilt § 3 Vergabeverordnung vom 11. Februar 2003 (BGBl. I S. 169) in ihrer jeweils geltenden Fassung.

§ 2 Einbezogene Auftraggeber

- (1) Das Gesetz gilt für Auftragsvergaben durch öffentliche Auftraggeber des Landes Brandenburg im Sinne des § 98 GWB.
- (2) Das Gesetz gilt für Zuwendungsempfänger, die nach den allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen Vergabevorschriften einzuhalten haben. Hierauf ist der Zuwendungsempfänger durch den Zuwendungsgeber im Bescheid hinzuweisen.
- (3) Wird ein Unternehmen, das nicht öffentlicher Auftraggeber ist, mit der Wahrnehmung oder Durchführung einer öffentlichen Aufgabe betraut, verpflichtet der Auftraggeber das Unternehmen, sofern es Unteraufträge an Dritte vergibt, nach diesem Gesetz zu verfahren.

§ 3 Anwendung von Vergaberegelungen

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind unterhalb der Schwellenwerte gemäß § 100 Absatz 1 GWB diejenigen Regelungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) in der jeweils geltenden Fassung und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden, welche für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen gelten, die nicht in den Anwendungsbereich des Vierten Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen fallen. Das für Grundsatzangelegenheiten zuständige Ministerium kann abweichend Grenzen für Auftragswerte festlegen, bis zu deren Erreichen eine Auftragsvergabe im Wege einer Beschränkten Ausschreibung oder einer Freihändigen Vergabe zulässig ist.

§ 4 Mittelstandsförderung

(1) Auch Vergaben unterhalb der Schwellenwerte nach § 100 GWB sind in der Menge aufgeteilt (Teillose) und getrennt nach Art oder Fachgebiet (Fachlose) zu vergeben, wobei mehrere Teil- oder Fachlose zusammen vergeben werden dürfen, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern. Vergaben an Generalunternehmen stellen die Ausnahme dar und bedürfen einer gesonderten Begründung.

(2) Die Auftraggeber sind verpflichtet, kleinere und mittlere Unternehmen bei Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben in angemessenem Umfang zur Angebotsabgabe aufzufordern.

(3) Die Ausschreibung eines öffentlichen Auftrags soll zusätzlich in elektronischer Form bekannt gemacht werden.

§ 5 Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

(1) Bau- und Dienstleistungen dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Arbeitsleistung im Zusammenhang mit der Ausführung der Leistung diejenigen Bedingungen zu gewähren, die in nach § 5 TVG für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen enthalten sind. Gleiches gilt für Mindestarbeitsbedingungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen einzuhalten sind.

(2) Öffentliche Aufträge für Dienstleistungen der allgemein zugänglichen Beförderung von Personen im öffentlichen Personennahverkehr dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Arbeitsleistung im Zusammenhang mit der Ausführung der Leistung mindestens die am Ort der Leistungserbringung geltenden Lohn- und Gehaltstarifbestimmungen anzuwenden. Kommen mehrere Tarifverträge in Betracht, ist derjenige zugrunde zu legen, der entsprechend den Kriterien des § 7 Absatz 2 AEntG repräsentativ ist.

(3) Ungeachtet etwaig weitergehender Anforderungen nach den Absätzen 1 und 2 werden öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen an inländische Unternehmen nur dann vergeben, wenn sie sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt von mindestens 7,50 EUR pro Stunde zu bezahlen. Satz 1 gilt auch für die Auftragsvergabe an ausländische Unternehmen.

(4) Die in den Absätzen 1 bis 3 benannten Verpflichtungen des Auftragnehmers erstrecken sich auch auf die Gewähr von Arbeitsbedingungen etwaig eingesetzter Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter durch deren Verleiher.

(5) Bei Vergabe länderübergreifender Leistungen ist von der Vergabestelle vor Beginn des Vergabeverfahrens eine Einigung mit den beteiligten Vergabestellen anderer Bundesländer über die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 anzustreben. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann von den Absätzen 1 bis 3 abgewichen werden. Sofern die für die beteiligten Vergabestellen einschlägigen landesgesetzlichen Grundlagen vergleichbare Vorschriften enthalten, kann die Abweichung nur zugunsten dieser Vorschriften erfolgen.

§ 6 Stärkung der IAO-Kernarbeitsnormen

(1) Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen ist darauf hinzuwirken, dass keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Diese Mindeststandards ergeben sich aus:

1. dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 641),
2. dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2073),
3. dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1123),
4. dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 24),
5. dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 442),
6. dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 98),
7. dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 202),
8. dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291).

(2) Bei der Vergabe von Lieferleistungen ist dem Auftragnehmer im Wege der Ergänzenden Vertragsbestimmung aufzugeben, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich oder gemäß einer entsprechenden Zusicherung unter Beachtung der Kernarbeitsnormen gemäß Absatz 1 gewonnen oder hergestellt worden sind. Hierzu sind von den Bietern entsprechende Nachweise oder Erklärungen zu verlangen. Satz 1 gilt entsprechend für Waren, die im Rahmen von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden.

§ 7 Nachunternehmereinsatz

(1) Der Auftragnehmer darf Bau- und Dienstleistungen nur auf einen Nachunternehmer übertragen, wenn der Auftraggeber im Einzelfall schriftlich zugestimmt hat. Gleiches gilt von jeder weiteren Übertragung innerhalb einer Nachunternehmerkette. Bieter sind verpflichtet, bei Abgabe ihres Angebotes anzugeben, welche Leistungen an Nachunternehmer vergeben werden sollen.

(2) Ebenso bedarf die nachträgliche Einschaltung oder der Wechsel eines Nachunternehmers, auch in einer Nachunternehmerkette, der Zustimmung des Auftraggebers.

(3) Soweit Leistungen nach Absatz 1 und 2 auf einen Nachunternehmer übertragen werden, hat sich der Auftragnehmer zu verpflichten, dem Nachunternehmer die sich für den Nachunternehmer nach § 5 Absatz 1 bis 4 und § 6 Absatz 2 ergebenden Pflichten aufzuerlegen und die Einhaltung dieser Pflichten durch den Nachunternehmer zu kontrollieren.

(4) Weiterhin ist der Auftraggeber zu verpflichten,

1. bei der Weitergabe von Bauleistungen an Nachunternehmer die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B), bei der Weitergabe von Dienstleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOB/L) zum Vertragsbestandteil zu machen,

2. Nachunternehmer davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt,
3. bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen als Nachunternehmer zu beteiligen, soweit es mit der vertragsgemäßen Ausführung des Auftrags zu vereinbaren ist,
4. den Nachunternehmer keine, insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber vereinbart sind.

§ 8 Wertung unangemessen niedriger Angebote

(1) Der Auftraggeber hat unangemessen niedrig erscheinende Angebote, auf die der Zuschlag erfolgen könnte, zu überprüfen. Dies gilt unabhängig von der nach Teil A der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen und Teil A der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen vorgegebenen Prüfungen unangemessen niedrig erscheinender Angebote.

(2) Ein Angebot für die Erbringung von Bau- und Dienstleistungen erscheint als unangemessen niedrig, wenn es um mindestens 10 v.H. vom nächst höheren Angebot abweicht oder um mindestens 20 v.H. unter dem Schätzpreis des Auftraggebers liegt.

(3) Im Rahmen der Überprüfung ist der Bieter verpflichtet, seine Urkalkulation im Hinblick auf die Entgelte einschließlich der Überstundenzuschläge vorzulegen. Kommt er dieser Verpflichtung auf schriftliche Aufforderung hin nicht nach oder kann er Zweifel des Auftraggebers an seiner Absicht, die Verpflichtungen nach § 5 Absatz 1 bis 4, § 6 Absatz 2 und § 7 Absatz 3 zu erfüllen, nicht beseitigen, so wird sein Angebot ausgeschlossen.

§ 9 Nachweise

(1) Der Bieter hat vor Zuschlagserteilung durch Unterlagen, die nicht älter als sechs Monate sein dürfen, die vollständige Entrichtung von Beiträgen nachzuweisen. Die Unterlagen müssen ausgestellt sein von

1. dem zuständigen in- oder ausländischen Sozialversicherungsträger,
2. der zuständigen in- oder ausländischen Sozialkasse, soweit der Betrieb des Bieters Bauaufträge im Sinne des § 99 Abs. 3 GWB ausführt und von dem Geltungsbereich eines Tarifvertrages über eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien erfasst wird. Ausländische Unternehmen haben einen vergleichbaren Nachweis zu erbringen.

Fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Bei Aufträgen, deren Auftragswert 5.000 EUR nicht erreicht, tritt an die Stelle der Nachweise nach Satz 1 die Erklärung des Bieters, seinen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen zu sein.

(2) Soll die Ausführung eines Teils des Auftrags einem Nachunternehmer übertragen werden, so sind auch auf den Nachunternehmer lautende Nachweise nach Absatz 1 vorzulegen. Soweit die Einschaltung oder ein Wechsel von Nachunternehmern nach § 7 Absatz 2 erst nach Auftragserteilung erfolgen soll, sind die Nachweise bei der Benennung des Nachunternehmers vorzulegen.

§ 10 Wertungsausschluss

- (1) Ein Angebot wird von der Wertung ausgeschlossen werden, wenn der Bieter trotz Aufforderung die im gegebenen Fall einschlägigen Erklärungen nach § 5 Absatz 1 bis 4, § 6 Absatz 2 und § 7 Absatz 3 nicht abgibt oder die Nachweise nach § 9 nicht vorlegt.
- (2) Die in den einschlägigen Vergabe- und Vertragsordnungen genannten Nachweispflichten bleiben unberührt.
- (3) Hat ein Bieter im Kalenderjahr einem öffentlichen Auftraggeber bereits den Nachweis nach Absatz 1 oder andere Eignungsnachweise nach Teil A der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen oder nach Teil A der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen vorgelegt, so fordert derselbe Auftraggeber von dem Bieter dieselben Nachweise nur dann erneut an, wenn insoweit begründete Zweifel an der Eignung des Bieters bestehen. Satz 1 gilt für auf den Nachunternehmer lautende Nachweise entsprechend.

§ 11 Kontrolle

- (1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Einhaltung der dem Auftragnehmer auf Grund dieses Gesetzes auferlegten Verpflichtungen zu kontrollieren. Die Überprüfung erfolgt zum einen verdachtsbezogen, zum anderen regelmäßig als Bestandteil der Prüfung der Richtigkeit der vom Auftragnehmer gestellten Rechnungen und durch eine ausreichende Zahl von Stichproben. Der Auftraggeber kann sich der Unterstützung durch einen gemeinsamen Kontrollausschuss der zuständigen Tarifparteien bedienen.
- (2) Der Auftraggeber hat mit dem Auftragnehmer zu vereinbaren, dass er befugt ist Kontrollen nach Absatz 1 durchzuführen, und dabei insbesondere Einsicht in die Entgeltabrechnungen, welche die zur Erfüllung des Auftrags eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen, sowie Einsicht in die zwischen Auftragnehmer und Nachunternehmer geschlossenen Verträge zu nehmen, sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu befragen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.
- (3) Der Auftragnehmer ist vertraglich zu verpflichten, für sich sowie etwaig beteiligte Nachunternehmer oder Verleiher vollständige, aktuelle und prüffähige Unterlagen über die im Zusammenhang mit der Auftragsausführung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit zu halten und diese auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers vorzulegen.
- (4) Im Fall des Einsatzes von Nachunternehmern oder Verleihern ist der Auftragnehmer zu verpflichten, dieselben Kontrollbefugnisse des Auftraggebers und die korrespondierenden Pflichten auch im Verhältnis zum jeweiligen Nachunternehmer oder Verleiher zu vereinbaren.
- (5) Zu Kontrollzwecken soll der Auftraggeber auch Stellungnahmen der auf der Seite des Auftragnehmers bestehenden Vertretungsorgane der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der tarifzuständigen Gewerkschaft einholen und diese anschließend über das Ergebnis der Kontrollen informieren.
- (6) Bei verdachtsbezogenen Kontrollen muss, bei regelmäßigen Kontrollen kann der Auftraggeber die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung suchen. Erhält der Auftraggeber Kenntnis davon, dass der Auftragnehmer oder ein Nachunternehmer einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer nicht mindestens die nach dem AEntG oder dem MiArbG geltenden Mindestarbeitsbedingungen gewährt, so ist er seinerseits zur Anzeige des Sachverhalts bei der zuständigen Stelle verpflichtet.

§ 12 Sonderkommission

- (1) Die Landesregierung richtet eine Sonderkommission für die Kontrolle der Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen nach § 5 Absatz 1 bis 4 ein.
- (2) Der Auftraggeber hat die Sonderkommission unverzüglich über alle von ihm vergebenen Aufträge zu unterrichten und ihr auf Aufforderung weitere Informationen über den Auftrag und seine Ausführung zur Verfügung zu stellen.
- (3) Der Auftraggeber unterrichtet die Sonderkommission über die Ergebnisse der von ihm nach dieser Vorschrift durchgeführten Kontrollen sowie über etwaig verhängte Sanktionen nach § 13. Die Sonderkommission kann darüber hinaus Kontrollen anordnen, die der Auftraggeber unverzüglich durchzuführen hat, oder selbst Kontrollen durchführen. Im Rahmen der von ihr angeordneten oder durchgeführten Kontrollen kann die Sonderkommission dem Auftraggeber Empfehlungen für Sanktionen unterbreiten.

§ 13 Sanktionen

- (1) Um die Einhaltung der Verpflichtungen nach § 5 Absatz 1 bis 4, § 6 Absatz 2, § 7 Absatz 3 und § 11 Absatz 3 und 4 zu sichern, hat der Auftraggeber mit dem Auftragnehmer für jede Verletzung dieser Pflichten die Verwirkung einer Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes, bei mehreren Verstößen insgesamt bis zur Höhe von 10 v.H. des Auftragswertes zu vereinbaren. Gleiches ist zu vereinbaren für den Fall, dass der Verstoß durch einen Nachunternehmer oder einen Verleiher begangen wird.
- (2) Der Auftraggeber hat mit dem Auftragnehmer zu vereinbaren, dass die schuldhafte Nichterfüllung der Verpflichtungen nach § 5 Absatz 1 bis 4, § 6 Absatz 2, § 7 Absatz 3 und § 11 Absatz 4 durch den Auftragnehmer oder durch einen Nachunternehmer oder eine mehrfache schuldhafte Verletzung der Verpflichtung nach § 11 Absatz 3 den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigen und den Auftragnehmer zur Erstattung des hieraus entstehenden Schadens verpflichten.
- (3) Hat ein Auftragnehmer in erheblichem Umfang Verpflichtungen nach § 5 Absatz 1 bis 4, § 6 Absatz 2 und § 7 Absatz 3 verletzt, so soll er für die Dauer von drei Jahren von der Teilnahme am Wettbewerb um öffentliche Aufträge ausgeschlossen werden.
- (4) Die Landesregierung richtet ein Register über Unternehmen ein, die nach Absatz 3 von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen sind.

§ 14 Umweltverträgliche Beschaffung

- (1) Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen müssen Umwelteigenschaften einer Ware, die Gegenstand der Leistung ist, berücksichtigt werden. Bei der Festlegung der Leistungsanforderungen soll umweltfreundlichen und energieeffizienten Produkten, Materialien und Verfahren der Vorzug gegeben werden. Auftraggeber haben im Rahmen von Liefer-, Bau- und Dienstleistungen dafür Sorge zu tragen, dass bei der Herstellung, Verwendung und Entsorgung der Güter sowie durch die Ausführung der Leistung negative Umwelteinwirkungen möglichst vermieden werden. Dies umfasst die Pflicht, bei der Leistungsbeschreibung Anforderungen im Sinne der Sätze 1 bis 3 aufzustellen oder bei der Zuschlagserteilung angemessen zu berücksichtigen sowie für die Auftragsausführung ergänzende Verpflichtungen auszusprechen.
- (2) Bei der Wertung der Wirtschaftlichkeit der Angebote sind auch die vollständigen Lebenszykluskosten der gelieferten Leistungen zu berücksichtigen.

(3) Schreibt der Auftraggeber Umwelteigenschaften in Form von Leistungs- und Funktionsanforderungen vor, so kann er diejenigen Spezifikationen oder Teile davon verwenden, die in europäischen, multinationalen oder anderen Umweltzeichen definiert sind, wenn

1. diese Spezifikationen geeignet sind, die Merkmale derjenigen Waren oder Dienstleistungen zu definieren, die Gegenstand des Auftrags sind,
2. die Anforderungen des Umweltzeichens auf der Grundlage von wissenschaftlich abgesicherten Informationen ausgearbeitet werden,
3. die Umweltzeichen im Rahmen eines Verfahrens erlassen werden, an dem alle interessierten Kreise, wie staatliche Stellen, Hersteller, Verbraucher, Händler und Umweltorganisationen teilnehmen können und
4. die Umweltzeichen für alle Betroffenen zugänglich und verfügbar sind.

Der Auftraggeber kann in den Vergabeunterlagen festhalten, dass bei Waren und Dienstleistungen, die mit einem Umweltzeichen nach Satz 1 ausgestattet sind, davon ausgegangen wird, dass sie den in der Spezifikationen der Leistungs- und Aufgabenbeschreibung genügen. Er muss jedes andere Beweismittel, wie geeignete technische Unterlagen des Herstellers oder Prüfberichte anerkannter Stellen akzeptieren.

(4) Anerkannte Stelle nach Absatz 3 Satz 2 sind Prüf- und Eichlaboratorien im Sinne des Eichgesetzes sowie die Inspektions- und Zertifizierungsstellen, die die jeweils anwendbaren europäischen Normen erfüllen. Prüfberichte von anerkannten Stellen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig sind, sind anzuerkennen, wenn ihnen eine Übersetzung in deutscher Sprache beigelegt ist.

§ 15 Weitere Anforderungen an die Auftragsausführung

Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge über Lieferleistungen können diese Anforderungen auch an den Herstellungsprozess gestellt werden.

§ 16 Frauenförderung

Für Auftragsvergaben gilt § 14 des Landesgleichstellungsgesetzes in der Fassung vom 4. Juli 1994 (GVBl. I S. 254) sowie die Frauenförderverordnung vom 25. April 1996 (GVBl. II S. 354) in den jeweils geltenden Fassungen.

§ 17 Weitere Fälle bevorzugter Vergabe

(1) Bei gleichwertigen Angeboten wird der Bieter bevorzugt, der gemessen an seiner Betriebsstruktur sich mehr als die anderen an der beruflichen Erstausbildung beteiligt. Als Nachweis der Beteiligung ist eine Bescheinigung der für die Berufsausbildung zuständigen Stellen vorzulegen.

(2) Gleiches gilt vom Bieter, der seine Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nach § 71 SGB IX erfüllt.

- (3) Gegenüber Bietern aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union findet eine Bevorzugung nach den Absätzen 1 und 2 nicht statt.
- (4) Die Regelung ist den Bewerbern in den Vergabeunterlagen bekannt zu machen.

§ 18 Präqualifizierung

- (1) Die Landesregierung kann Präqualifizierungsverfahren einrichten, mit denen Unternehmen ihre Eignung nachweisen und die nach § 5 Absatz 1 bis 4 und § 7 Absatz 3 erforderlichen Erklärungen generalisiert abgeben und Nachweise nach § 9 Absatz 1 erbracht werden können.
- (2) Werden Präqualifizierungsverfahren eingerichtet, so wird ein Register der befugten Unternehmen zur Erstellung von Zertifikaten und ein Register der präqualifizierten Unternehmen erstellt.
- (3) Die Präqualifizierungszertifikate dürfen im Zeitpunkt der Vergabe nicht älter als ein Jahr sein.

§ 19 Vergabebericht

Die Landesregierung legt dem Landtag jeweils zum 30. Juni eines jeden Jahres einen Bericht über die Entwicklung des Vergabewesens im Land Brandenburg vor.

§ 20 Qualifizierung von Vergabeverantwortlichen

- (1) Der Dienstherr oder Arbeitgeber der für die Vergabe öffentlicher Aufträge Verantwortlichen hat sicherzustellen, dass ausreichend qualifiziertes Personal vorhanden ist und durch regelmäßige Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen dieser Standard auch für die Zukunft gesichert wird.
- (2) Die Landesregierung richtet eine Servicestelle Beschaffung ein, die insbesondere die Kommunen bei der Durchführung des Gesetzes und die Qualifizierung der kommunalen Vergabeverantwortlichen unterstützt.

§ 21 Verordnungsermächtigungen

Die Landesregierung regelt durch Rechtsverordnung

1. die Anpassung des in § 5 Absatz 3 genannten Entgeltsatzes, wenn dies durch die Änderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich ist,
2. die Zusammensetzung und das Verfahren einer unabhängigen Kommission sowie die Auswahl der Mitglieder aus den Gruppen Arbeitnehmer und Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, die der Landesregierung Vorschläge zu einer Anpassung des in § 5 Absatz 3 genannten Entgeltsatzes unterbreiten kann und von ihr im Falle einer geplanten Änderung anzuhören ist,
3. den Mindestinhalt der vertraglichen Regelungen nach § 6, insbesondere
 - a. die Einbeziehung von Produktgruppen und Herstellungsverfahren,
 - b. den Inhalt der abzugebenden Erklärungen und beizubringender Nachweise,

- c. die Vorgaben zur Vermutung der Unbedenklichkeit von Waren bei Vorlage von Zertifizierungen einschließlich der Mindestanforderungen an eine private Zertifizierung,
- 4. die Einrichtung eines Registers über Unternehmen, die nach § 10 Absatz 3 von der Vergabe von Aufträgen ausgeschlossen sind und in diesem Zusammenhang
 - a. die im Register zu speichernden Daten, den Zeitpunkt ihrer Löschung und die Möglichkeiten der Einsichtnahme in das Register
 - b. die Verpflichtung der Auftraggeber, Entscheidungen nach § 10 Absatz 1 an das Register zu melden und zur Prüfung der Zuverlässigkeit von Unternehmen Auskünfte aus dem Register zu einzuholen,
- 5. die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Sonderkommission nach § 12, sowie die Übertragung weiterer Kontrollaufgaben, sofern eine solche Übertragung zur ordnungsgemäßen Abwicklung öffentlicher Aufträge erforderlich erscheint,
- 6. die im Turnus von höchstens fünf Jahren fortzuschreibende Konkretisierung der Anforderungen nach § 14 Absatz 1 für verschiedene Leistungsgruppen und die Art der Berücksichtigung dieser Anforderungen im Rahmen von Leistungsbeschreibung, Zuschlagserteilung und ergänzenden Ausführungsverpflichtungen, sowie das Nähere zur Ermittlung der vollständigen Lebenszykluskosten einer Leistung,
- 7. genauere Vorgaben zur Qualifizierung und Unterstützung von Vergabeverantwortlichen nach § 20.

§ 22 Schlussvorschriften

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Das Gesetz findet auf alle Vergabeverfahren Anwendung, die ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens begonnen werden.

Begründung

Der Gesetzentwurf verfolgt vier Kernanliegen:

- Einbeziehung der Kommunen zur vollständigen Nutzung des öffentlichen Vergabevolumens in Brandenburg für soziale, ökologische und wettbewerbliche Zwecke
- Begrenzung unfairen Wettbewerbs auf der Basis von Lohnkosten und elementaren Arbeitsstandards
- Stärkung von Umweltbelangen durch Begrenzung eines Wettbewerbs zulasten der Umwelt und durch Förderung ökologischer Innovationen
- Unterstützung polypolistischer Marktstrukturen durch gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Im Einzelnen:

1. Einbeziehung der Kommunen

Der Gesetzentwurf bezieht nach § 1 alle öffentlichen Auftraggeber in den Anwendungsbereich mit ein, zu dem nach § 98 Nr. 1 GWB auch die Kommunen zählen. Ausnahmen oder Sonderregelungen für die Kommunen sind an keiner Stelle des Gesetzes vorgesehen.

Von den klassischen öffentlichen Auftraggebern Bund, Länder und Gemeinden verfügen die Kommunen bundesweit mit 60% über den größten Anteil des Auftragsvolumens. Die Kommunen Brandenburgs vergeben jährlich ein Auftragsvolumen von etwa 2 Milliarden Euro gegenüber etwa 1 Milliarde Euro, die von Seiten des Landes verausgabt wird.

Schon angesichts dieser Größenordnungen erschiene es wenig nachvollziehbar, die Kommunen vom Anwendungsbereich des Gesetzes auszusparsen oder nur auf freiwilliger Basis einzubeziehen. Es gibt keinen Grund, nicht die volle sondern nur etwa ein Drittel der öffentlichen Nachfragemacht in Brandenburg zur Stärkung der mit dem Gesetz verbundenen sozialen, ökologischen und wettbewerblichen Belange einzusetzen. Es gibt auch keinen legitimen Grund, die Kommunen aus der Verantwortung für diese Belange herauszunehmen und ihnen weiterhin die Beschaffung nach dem billigsten Angebot zu erlauben.

Gerade die Kommunen tragen über ihre Leistungen im Rahmen des SGB II auch unmittelbar bestimmte Folgekosten eines Lohnkostenwettbewerbs, der in der Tendenz dazu führt, dass lokale Beschäftigung entweder ausfällt oder zu Löhnen erfolgt, die ergänzende Ansprüche auslösen. Auch dem wirkt ihre Einbeziehung entgegen.

Etwaigen Bedenken mit Blick auf die Kapazitäten zur Umsetzung des Gesetzes durch die Kommunen ist nicht mit Aussparung vom Anwendungsbereich, sondern mit Schulungen und der Einrichtung einer Servicestelle zu begegnen, die im Gesetz ausdrücklich festgeschrieben werden (§ 20).

2. Begrenzung unfairen Wettbewerbs auf der Basis von „Sozialdumping“

Die Möglichkeit der öffentlichen Hand, die Erfüllung öffentlicher Aufträge im Einklang mit geltendem Arbeitsvölkerrecht (ILO-Konvention Nr. 94, in Kraft seit 20.9.1952) an

die Einhaltung örtlicher Tarifverträge zu koppeln, hat der Europäische Gerichtshof in der Entscheidung Rüffert (Urt. v. 8.4.2008, Rs. C-346/06) den rechtlichen Boden entzogen. Umso wichtiger ist es, die verbliebenen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, im Bereich öffentlicher Aufträge unfairen Wettbewerb auf der Basis von Lohnkosten zumindest zu begrenzen.

Zur Eingrenzung von Lohnkostenwettbewerb bei der Vergabe von Bau- und Dienstleistungen sieht der Entwurf in § 5 drei Instrumente vor:

Erstens erfolgt nach § 5 Absatz 1 eine vergaberechtliche Verpflichtung der Auftragnehmer auf allgemeinverbindliche Tarifverträge und andere gesetzliche Mindestarbeitsbedingungen. Diese gelten unabhängig von einer vergaberechtlichen Verpflichtung für inländische Unternehmen und im Falle von gesetzlichen Mindestarbeitsbedingungen und von allgemeinverbindlichen Tarifen in den im Arbeitnehmerentsendegesetz aufgeführten Branchen auch für ausländische Unternehmen. Die vergaberechtliche Verpflichtung hat hier gleichwohl den guten Sinn, gegenüber den Unternehmen zusätzliche Kontroll- und Sanktionsmechanismen bereitzustellen. Dies ist namentlich angesichts des Umstands angezeigt, dass die betroffenen meist niedrig qualifizierten Beschäftigten ihre arbeitsrechtlichen Ansprüche nur selten selbst hinreichend effektiv verfolgen. Hingegen hat die vergaberechtliche Verpflichtung auf allgemeinverbindliche Tarifverträge in Branchen, die nicht dem Arbeitnehmerentsendegesetz unterfallen, ausländischen Unternehmen gegenüber konstitutive Wirkung. Zum Erlass einer derartigen Regelung ist das Land nach Art. 3 Abs. 10 1. Anstrich der Richtlinie 96/71/EG (Entsenderichtlinie) europarechtlich auch berechtigt. Gemäß dieser Vorschrift steht es mitgliedstaatlichen Hoheitsträgern nämlich frei, auch solche allgemeinverbindliche Tarifverträge auf ausländische Unternehmen zu erstrecken, die nicht die Baubranche betreffen.

Zweitens wird in § 5 Absatz 2 im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs die hergebrachte Tariftreue verlangt. Unbeschadet der Rüffert-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes ist diese Regelung europarechtlich zulässig. Regelmäßig nehmen Anbieter von Personennahverkehrsdienstleistungen aufgrund bundesrechtlicher Niederlassungserfordernisse (§ 6 AEG, § 13 PBefG) kein Recht aus der europäischen Dienstleistungsfreiheit (Art. 58 AEUV) war. Die europäische Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) steht jedoch anerkanntermaßen einer Auferlegung von Tariftreue nicht entgegen. Sofern ausnahmsweise doch einmal Beschäftigte zum Betrieb von Personennahverkehrsmitteln aus einem anderen Mitgliedstaat der EU entsandt werden würden, selbst dann könnten sich die entsendenden Unternehmen in Bezug auf die Tariftreueverpflichtung nicht auf die Dienstleistungsfreiheit berufen. Denn diese findet auf den Bereich Verkehr insgesamt keine unmittelbare Anwendung (Art. 58 Abs. 1 AEUV). Gleiches gilt für die Richtlinie 96/71/EG, die zur Ausgestaltung der Dienstleistungsfreiheit im Übrigen ergangen ist, und nicht zur Ausgestaltung des grenzüberschreitenden Marktes für Verkehrsdienstleistungen.

Drittens wird in § 5 Absatz 3 unabhängig von weitergehenden Verpflichtungen aufgrund der vorgenannten Tariftreueverpflichtungen vom Auftragnehmer stets die Gewähr einer Mindestentlohnung in Höhe von 7,50 Euro verlangt. Dies findet ihre Begründung darin, dass nur so eine Existenz sichernde Bezahlung gewährleistet ist. Darüber hinaus stärkt eine Mindestentlohnungsvorgabe auch das Lohnniveau im Bereich niedrig qualifizierter Arbeit insgesamt. Die Regelung ist unbeschadet der Rüffert-Entscheidung auch europarechtlich

zulässig. Eine Mindestentgeltvorgabe für inländische Unternehmen (S. 1) unterliegt ohnehin keinen europarechtlichen Bedenken. Diese vorausgesetzt ergibt sich aus Art. 3 Abs. 1 1. Anstrich lit. c) Richtlinie 96/71/EG eine europarechtliche Pflicht, diese Vorgabe, da es sich um einen „Rechtsvorschrift“ über einen „Mindestlohnsatz“ handelt, auch auf ausländische Unternehmen zu erstrecken (S. 2). Da diese Erstreckung auf ausländische Unternehmen ihre Grundlage in einer sekundärrechtlichen Verpflichtung hat, kann sie nicht zugleich gegen die Dienstleistungsfreiheit – die der gewöhnlichen Tariftreueverpflichtung der EuGH-Entscheidung in der Sache *Rüffert* entgegenstand – verstoßen. Diese kommt vielmehr hier von vorne herein nicht mehr zum Zuge.

Daneben soll die öffentliche Nachfragemacht dazu genutzt werden, den elementaren Normen des Arbeitsvölkerrechts, den so genannten ILO-Kernarbeitsnormen, einen höheren Grad an Aufmerksamkeit und Wirksamkeit zu verschaffen. Auch wenn diese Normen nach verbreiteter Ansicht mittlerweile zu universell gültigen Normen des Völkerrechts aufgestiegen sind, ist ihre faktische Geltung noch lange nicht verbürgt, sondern es bedarf im Weltmarktzusammenhang gerade zusätzlicher transnationaler Anreize, um ihre Einhaltung zu fördern.

Auf Grundlage von § 6 Absatz 2 ist dem Auftragnehmer aufzuerlegen, seine Leistungsverpflichtungen nicht in Gestalt oder mittels Waren zu erfüllen, die unter Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen produziert wurden.

In diesem Zusammenhang ist der mögliche Regelungsbeitrag des Gesetzgebers allerdings begrenzt. Auf der Basis der getroffenen gesetzlichen Vorgabe kommt die wesentliche und durchaus schwierige Aufgabe auf den Verordnungsgeber zu (§ 21 Nr. 3). Der Verordnungsgeber hat die Regelungen zu den relevanten Produktgruppen und Herstellungsverfahren, als auch zur möglichen Anerkennung von Zertifizierungen zu treffen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat der Verordnungsgeber dabei durchaus eine innovatorische und explorative Aufgabe wahrzunehmen, weil praktische Erfahrungen noch rar sind. Insbesondere bestehen noch keine einschlägigen Zertifizierungssysteme. Angesichts der steigenden Bedeutung der ILO-Kernarbeitsnormen ist hier indessen mit einem Wandel zu rechnen.

3. Nutzung öffentlicher Vergaben zur Stärkung von Umweltbelangen

Eine Stärkung von Umweltbelangen erfolgt durch die Vorschriften in §§ 14, 15.

§ 14 Abs. 1 gibt den Vergabestellen grundsätzlich auf, die Umwelteigenschaften jeder vergebenen Leistung in Rechnung zu stellen. Diese Verpflichtung wird dahingehend konkretisiert, dass Umweltfreundlichkeit und Energieeffizienz einer bezogenen Leistung grundsätzlich Vorrang einzuräumen ist, und dass negative Umwelteinwirkungen generell vermieden werden sollen. Abs. 2 stellt klar, dass im Rahmen der Prüfung des Angebots nicht auf den Preis einer Leistung, sondern auf den Preis unter Rücksicht auf die Lebenszykluskosten abzustellen ist. Dies empfiehlt sich nicht nur mit Blick auf die ökologischen Ziele, sondern auch mit Blick auf das Ziel wirtschaftlicher und sparsamer Beschaffung.

Eine detailliertere Regelung der ökologischen Ziele öffentlicher Vergabe ist auf gesetzlicher Ebene nur schwer möglich und praktikabel, weswegen die Einzelheiten an den Verordnungsgeber delegiert werden (§ 21 Nr. 6). Auch in diesem Bereich hat dieser eine anspruchsvolle Aufgabe wahrzunehmen, weil die genaueren Bestimmungen meist und vor allem im Bereich von Großgeräten nicht ohne genauere Kenntnis der maßgeblichen Produkte und Leistungen einerseits und gewisser vergaberechtli-

cher Feinheiten andererseits möglich sind. Nicht zuletzt auch darum wird der Verordnungsgeber verpflichtet, seine Festlegungen nach spätestens fünf Jahren fortzuschreiben, aber auch um sie aktuell zu halten und regelmäßig an neuere Produkte und Verfahren anzupassen.

Der Bezug auf Umweltzeichen und Zertifizierungen kann die Durchsetzung des ökologischen Anliegens als Sekundärziel öffentlicher Beschaffung vereinfachen und entbürokratisieren. Dies soll mithilfe von § 14 Abs. 3 verbreitet aber auch qualifiziert werden.

Wichtig ist schließlich auch die in § 15 eröffnete Möglichkeit der Vergabestellen, zusätzliche ökologische Anforderungen zu stellen, und zwar auch an den Herstellungsprozess.

4. Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Die gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen erfolgt im Gesetz auf vierfache Weise.

§ 4 Absatz 1 regelt, dass auch unterhalb der Schwellenwerte nach § 100 GWB die Chancen von kleinen und mittleren Unternehmen durch eine entsprechende Losaufteilung erhöht werden müssen.

Gemäß § 4 Absatz 2 sollen bei Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben kleine und mittlere Unternehmen gezielt zur Angabe von Angeboten angesprochen werden.

Insbesondere diesen Unternehmen soll gemäß § 4 Absatz 3 der Zugang zum Wettbewerbsgeschehen durch eine elektronische Form der Bekanntmachung erleichtert werden.

Schließlich wird der Auftragnehmer gemäß § 7 Absatz 4 Nr. 3 verpflichtet, sofern er denn überhaupt Nachunternehmer einsetzen darf, bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen unter Vertrag zu nehmen.

Der Nachunternehmer wiederum ist gemäß § 7 Absatz 3 nur zur Treue gegenüber dem für ihn fachlich einschlägigen Tarifverträgen verpflichtet, was sich gleichfalls förderlich auf mittelständische Beteiligung an der Ausführung öffentlicher Aufträge auswirkt.

Axel Vogel
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen